

Panorama vom 01.12.2016

Imperiales Gehabe: der lange Arm der US-Gesetze

Anmoderation

Anja Reschke

Was haben ein Banker, der entlassen wird, ein Gartenstuhl, der nicht ausgeliefert werden kann und ein Kaffehändler, der eine bestimmte Kaffeesorte nicht mehr anbietet, miteinander gemein? Nun, auf den ersten Blick natürlich gar nichts. Und keine dieser drei Geschichten wäre in irgendeiner Weise berichtenswert, wenn nicht hinter all dem etwas Großes stecken würde. Die US Regierung und ihre anmaßende Übergriffigkeit auf die deutsche Wirtschaft. Stefan Buchen klärt sie auf.

Ein Gartenmöbelhandel in Westfalen. Hier kaufte eine alte Dame Gartenstühle für ihren Sohn. Händler Hans Lünse sollte das Geschenk zum Sohn nach Bonn schicken. Aber: die Spedition Schenker hat sich geweigert, die Gartenmöbel an Ulrich Wippermann auszuliefern.

O-Ton

Hans Lünse,

Gartenmöbelhändler:

„Wir haben noch nie damit Probleme gehabt, dass die da keinen Kunden beliefern durften. Also das ist irgendwie unvorstellbar. Dann haben wir bei Schenker angerufen und haben gefragt, was ist denn da? - Ja, der steht auf der amerikanischen Liste und den dürfen wir nicht beliefern. Der darf keine Ware bekommen.“

In Bonn besuchen wir den Sohn, der keine Gartenstühle von seiner Mutter bekommen durfte, weil er auf einer amerikanischen Liste steht. Unternehmer Ulrich Wippermann. Wippermanns Name steht nicht auf irgendeiner Liste. Es ist die Blacklist der Terrorfinanzierer und Verbreiter von Massenvernichtungswaffen, geführt vom US-Finanzministerium. Für Wippermann unfassbar, Anfang 2014 seinen Namen dort zu lesen.

O-Ton

Ulrich Wippermann,

Unternehmer:

„Was ist passiert. Was könnten wir gemacht haben? Bis heute weiß ich keinen einzigen konkreten Vorwurf, was wir eigentlich gemacht haben, außer dem Pauschalvorwurf: Terrorfinanzierung. Zum Glück sind wir eben in Deutschland, deswegen bin ich nicht in Guantanamo. Aber meine Existenz, meine wirtschaftliche Existenz ist auch so vernichtet worden.“

Ulrich Wippermann war im Vorstand einer Firma in Köln: die Deutsche Forfait AG. Das Unternehmen ist auf Exporthilfe spezialisiert, für deutsche und europäische Firmen, die in „schwierige Länder“ liefern und die Rechnung nicht selbst abwickeln wollen.

Wippermann war zuständig für den Iran, gegen den die USA seit Jahren ein scharfes Embargo verhängt haben.

O-Ton

Ulrich Wippermann, Unternehmer:

„Die USA haben ein Interesse daran, dass das Geschäft mit dem Iran auf ein Minimum heruntergefahren wird. Sie sagen: wenn Du nicht das machst, was wir USA von dir wollen, deutscher Geschäftsmann, dann ruinieren wir Dich.“

Panorama: „Sind Ihre Geschäfte im Iran aus deutscher und europäischer Sicht illegal gewesen?“

Ulrich Wippermann, Unternehmer: „Kein einziges Geschäft war illegal.“

Das hat die Bundesbank bestätigt. Die deutsche Aufsichtsbehörde hat Wippermanns Firma wegen der Vorwürfe aus den USA detailliert geprüft, auch alle 750 Geschäfte mit dem Iran. Ergebnis: Zahlungen oder Geschäfte, die verboten sind, wurden nicht festgestellt.

Trotz weißer Weste: Wippermann bleibt auf der US-Terrorliste, ebenso zunächst seine Firma. Er tritt von seinem Vorstandsposten zurück, um den Schaden für die Firma zu begrenzen.

O-Ton

Ulrich Wippermann,
ehem. Unternehmer:

„Bei mir persönlich hat das dazu geführt, dass ich meinen Job verloren habe. Dass ich heute de facto arbeitslos bin, auch eigentlich kaum noch Arbeit finden kann, weil ich so derartig denunziert wurde mit schlimmsten Vorwürfen immerhin der amerikanischen Regierung.“

Die sagt, ihr Vorgehen verhindere etwa den Bau von Atombomben im Iran. Sicher ein nobles Ziel, fraglich nur, ob es wirklich immer darum geht.

O-Ton

Ulrich Wippermann,
ehem. Unternehmer:

„Das ist eine Form für meine Begriffe von Wirtschaftskrieg. Das heißt, sie haben gesehen, dass wir bedeutenden europäischen Unternehmen Geschäfte mit dem Iran ermöglicht haben auf legale Weise. Es war aber nicht erwünscht. Also hat man uns aus dem Geschäft genommen.“

Ob Wirtschaftskrieg oder Krieg gegen Schurken: die USA sind offenbar der Meinung, die ganze Welt müsse sich an ihre Sanktionsgesetze halten. Dafür übt Washington Druck aus, auch auf die EU.

O-Ton

Winfried Huck, Professor für Wirtschaftsrecht:

„Man kann sicherlich sagen, das US-amerikanische Recht gilt nicht in Europa und nicht unmittelbar in Deutschland. Aber es wirkt!“

Panorama: „Also der Anspruch der amerikanischen Seite ist, dass das amerikanische Gesetz über die amerikanischen Grenzen hinaus wirkt?“

Winfried Huck, Professor für Wirtschaftsrecht: „Ja, richtig. So ist das.“

Die Recherche zeigt: der lange Arm der US-Gesetze reicht bis nach Südbrandenburg.

Bis zum Teeladen Herzberg. Inhaber Andy Kukla lebt weniger von der Laufkundschaft. Seinen Tee und Kaffee verkauft er anders: mit Online-Bestellungen. Seine Kunden bezahlen meist mit dem US-amerikanischen Online-Dienst PayPal. Das lief reibungslos bis Oktober 2013.

O-Ton

Andy Kukla,
Tee- und Kaffeehändler:

„Wir hatten eine Bestellung von einer Stammkundin über verschiedene Kaffeesorten. Unter anderem Kuba Turquino-Kaffee mit kubanischen Rohbohnen.“

Dieser Kaffee ist verboten. Weil das US-Embargo gegen Kuba immer noch gilt, darf PayPal nicht den Verkauf von kubanischem Kaffee abwickeln, auch nicht in Südbrandenburg.

O-Ton

Andy Kukla, Tee- und Kaffeehändler:

„PayPal hat gesagt, dass damit eine endgültige Schließung des Kontos erforderlich ist, und wir keine Zahlungen mehr über PayPal abwickeln können.“

Panorama: „Wie hat PayPal das denn begründet?“

Andy Kukla, Teehändler: „PayPal hat das begründet, dass wir gegen geltende Gesetze verstoßen mit dem Verkauf von einem kubanischen Artikel, in dem Fall diesen Kaffee.

Panorama: „Also PayPal hat gesagt, Sie verstoßen gegen geltende Gesetze. Gegen deutsche Gesetze?“

Andy Kukla, Teehändler: „PayPal hat uns mitgeteilt, dass es um das US-Embargo gegen Kuba geht und den Handel mit kubanischen Artikeln. Wir mussten uns dem beugen. Das heißt entweder wir halten uns an die Regeln, die PayPal uns vorgibt oder das Konto bleibt geschlossen.“

Und das wäre für den Teeladen die Pleite gewesen. Um sein Geschäft zu retten, nimmt Andy Kukla den Kuba Turquino aus dem Online-Sortiment. Dadurch ist sein PayPal-Konto wieder freigeschaltet. Dass US-Gesetze so in das deutsche Wirtschaftsleben eingreifen, ist für Experten unakzeptabel

O-Ton

Winfried Huck,

Professor für Wirtschaftsrecht:

„Wir können uns ja mal überlegen, was es bedeutet, wenn andere größere Staaten dieser Welt ähnliche Konzepte ihrem Handeln zugrunde legen: nationale Rechtsordnungen, die dann auch noch in andere Nationen hineindringen und damit eigentlich nicht nur Probleme schaffen, sondern auch feindlich, geradezu feindlich zu benennen sind.“

Wen diese Feindseligkeit auch treffen kann, zeigt der Fall Lars Christiansen aus Hamburg. Seine Welt war der internationale Handel. 20 Jahre war er Angestellter der Commerzbank, zuständig für grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr. Voriges Jahr wurde der Bankangestellte gefeuert.

„Fehlverhalten“ hat ihm sein Arbeitgeber beim Rauswurf nicht vorgeworfen. Die Commerzbank schickte ihm die Kündigung ganz lapidar, ohne schriftliche Gründe.

O-Ton

Lars Christiansen,

ehem. Angestellter Commerzbank:

„Es hieß, es wäre Druck ausgeübt worden durch die Amerikaner auf die Bank. Man müsse sich diesem Druck beugen. Deswegen mussten mehrere Mitarbeiter, darunter ich, gehen.“

Der Vorwurf der USA: die Commerzbank in Hamburg habe gegen US-Gesetze verstoßen, z.B. gegen das US-Embargo gegen Sudan und Iran.

In der Tat: Die Commerzbank hatte iranische Kunden. Christiansen war zuständig für den Zahlungsverkehr. Diese Geschäfte waren aber nach deutschem und europäischem Recht legal. Und vom Arbeitgeber sogar gewünscht.

O-Ton

Lars Christiansen,

ehem. Angestellter Commerzbank:

„Wir stimmten uns auch laufend mit unserem Management bis hin zum Vorstand ab, ob diese Tätigkeiten nicht nur rechtens waren, sondern auch gewollt waren. Und wir bekamen entsprechend Verstärkung, dass man sagte: ‚Baut das aus. Wir sind vor Ort aktiv.‘“

Die Commerzbank unterwirft sich trotzdem den amerikanischen Strafermittlungen, schickt ihren Angestellten Lars Christiansen zum Verhör in die USA. In New York soll Christiansen sich der Vernehmung durch die US-Ermittler stellen: Der Vorwurf: er habe US-Gesetze gebrochen, sich strafbar gemacht.

O-Ton

Lars Christiansen,
ehem. Angestellter Commerbank:

„Sie kommen dann in einen Raum wie diesen rein, der ist gefüllt mit Leuten von der Staatsanwaltschaft, vom Justizministerium, vom Finanzministerium, vom FBI, alle dabei. Und im Verlauf von mehreren Stunden werden Ihnen dann Fragen gestellt und angesichts dieser Fragen und der Fragenart ist es natürlich so, dass ich mich schon unkomfortabel fühlte und ich natürlich in diese Beschuldigtenrolle zumindest psychologisch geriet.“

Am Ende drücken die USA ihre Bedingungen in Form eines Vergleichs durch. 1,3 Milliarden Dollar Strafe muss die Commerzbank an die US-Staatskasse zahlen. Und die Kündigung, die Termination, von vier Mitarbeitern vollstrecken.

O-Ton

Winfried Huck,
Professor für Wirtschaftsrecht:

„Wenn eine Bank, diesem Vergleich nicht zustimmen würde, wäre damit verbunden die Gefahr, dass es zu einer Verurteilung kommt, zu einer strafrechtlichen Verurteilung, auch der Mitarbeiter, möglicherweise auch des Vorstandes. Und ich glaube, das ist als Drohkulisse doch stark genug, um sich dann doch lieber einem Vergleich zuzuwenden.“

Wir wollen in der Zentrale der Commerzbank in Frankfurt nachfragen. Werden etwa Mitarbeiter gefeuert, obwohl sie kein Fehlverhalten gezeigt haben? Der Vorstand möchte ungern zugeben, aufgrund einer Erpressung zu handeln.

O-Ton

Panorama: „Warum kündigt die Commerzbank Mitarbeitern nur deshalb, weil US-Behörden das von der Commerzbank wollen?“

Stephan Engels, Vorstand Commerzbank: „Hier ist es in der Tat so, dass es Fehlverhalten gegeben hat. Und deswegen haben wir gekündigt.“

Panorama: „Das hat die Commerzbank ja selber auch zu Anfang gesagt, dass die Commerzbank nicht wegen Fehlverhaltens gekündigt hat.“

Stephan Engels, Vorstand Commerzbank: „Ich darf noch mal sagen, wir haben gekündigt wegen Fehlverhalten. Und Arbeitsgerichtsprozesse sind, wie wir alle wissen, schwierig im Ausgang.“

Die Wahrheit zuzugeben, ist eben peinlich für den Vorstand. Im laufenden Arbeitsgerichtsprozess haben die Richter unmissverständlich festgestellt: Christiansen ist nicht wegen eines verhaltensbedingten Kündigungsgrundes entlassen worden, sondern wegen Drucks durch einen Dritten, die US-Regierung.

O-Ton

Lars Christiansen,
ehem. Angestellter Commerzbank:

„Es war einfach der Druck der Amerikaner, dass man ein Opfer bringen musste. Und dieses Opfer war ich.“

O-Ton

Ulrich Wippermann,
ehemaliger Unternehmer:

„Es ist wie bei Kafka: Ihnen wird der Prozess gemacht, aber Sie wissen eigentlich nicht warum.“

Eine Erklärung bekam Ulrich Wippermann dann doch noch für seine Brandmarkung als Terrorfinanzierer. Das US-Finanzministerium schickt ihm einen Brief mit der Bitte, er möge eine

ausführliche Beschreibung all seiner Geschäftsbeziehungen liefern. Nicht nur nach Iran wird gefragt, auch nach London, Moskau und Vietnam.

Eine Weigerung, die gewünschten Informationen mitzuteilen, werde seine Petition, von der Terrorliste heruntergenommen zu werden, negativ beeinflussen. Und dann soll der deutsche Geschäftsmann noch seinen Lebenslauf einreichen.

O-Ton

Ulrich Wippermann,
ehem. Unternehmer:

„Da frage ich mich natürlich, welches Interesse hat man an einem Lebenslauf, außer, wenn man jemanden einstellen will. Es war also wie man das aus Stasi-Erzählungen kennt: erst schlägt man dem Opfer in den Magen und dann sagt man, wenn Du mit uns zusammenarbeitest, dann können wir auch netter zu Dir sein. Man hat mich also benutzen wollen zur Materialbeschaffung für die Spionagetätigkeit der Amerikaner. Also ich sollte de facto IM der amerikanischen Behörde werden.“

Wir haben beim US-Finanzministerium nachgefragt. Mit geheimdienstlichen Methoden arbeite man sehr wohl, bestätigt uns ein Sprecher. Aber zum Fall Wippermann speziell bekommen wir keine Antwort. Immerhin: Ulrich Wippermann hat nach fast drei Jahren Arbeitslosigkeit wieder einen Job. Und die Gartenstühle bekam er auch. Er ließ sie an einen Nachbarn liefern.

Autor: Stefan Buchen
Kamera: Torsten Lapp
Schnitt: Peter Mirecki

Abmoderation Anja Reschke:

Man muss dazu sagen, dass all diese Einmischungen in die deutsche Wirtschaft von der jetzigen Regierung der USA stammen. Nun kommt ja ein neuer Präsident. Was Donald Trump genau vorhat, weiß man bisher nicht. Allerdings lassen seine Aussagen über Sanktionen und sein Bestreben, vor allem die US-Wirtschaft zu beschützen eher darauf schließen, dass sich die Übergriffigkeit noch verstärken wird.